

WIENER RATHHAUS-KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Miesau.
50. Jahrg. - Wien, Samstag, 22. März 1913.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Freitag, den 28. d.M. eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 2. Geschäftsstücke, darunter der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1912 und der Voranschlag für das Jahr 1913 der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien, Errichtung eines neuen großen städtischen Bades im 10. Bezirk, der Bericht über die Verstaatlichung der Versinnerschule im 12. Bezirk, die Rahmenfahrordnung der städtischen Straßenbahnen für das Jahr 1913/14, Errichtung eines Luft- und Sonnenbades im neuen städtischen Bad im 17. Bezirk, Subventionen, Bauangelegenheiten, darunter ein Schulbau im 10. Bezirk, Kampfgasse, etc. - Der Stadtrat, welcher am Donnerstag und Freitag 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammentritt, wird die Vorberatung über die Vereinbarung zwischen der Gemeinde Wien und der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, betreffs Schaffung einer handelspolitischen Kommission pflegen, welcher Gegenstand ebenfalls dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung vorgelegt werden soll. Die Wahl von 50 Mitgliedern in diese Kommission steht bereits auf der Tagesordnung der Freitagssitzung. - Der Bürgerklub tritt am Donnerstag nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Ferner hat der Bürgermeister die Obmänner aller Parteien des Gemeinderates zu einer Konferenz einberufen. - Die neugewählten Bezirksvertretungen Rudolfsheim und Döbling werden sich am Samstag, den 29. d.M. 10 Uhr vormittags konstituieren. In dieser Sitzung wird die Wahl des Bezirksvorstehers und Bezirksvorsteher-Stellvertreters vorgenommen werden. Durch den Tod des Abgeordneten kaiserlichen Rates Schadek ist die Stelle des Bezirksvorstehers im Bezirke Mariahilf erledigt. Die Wahl wird Montag, den 31. d.M. 10 Uhr vormittags vorgenommen werden.

Die neue wirtschaftliche Unternehmung. Diese neueste Form des Betriebes von wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden behandelt der Oberkommissär des Wiener Magistrates Dr. Nübel in der letzterschienenen Nummer der österreichischen Städtezeitung in einem längeren Artikel. In demselben wird dargelegt, daß der rein kommunale Betrieb nicht immer gleich rationell gestaltet werden könne wie der private. Der kommunale Betrieb verfolge wegen der der Gemeinde auferlegten Rücksichten oft andere Interessen als das der höchsten Wirtschaftlichkeit. Während der private Betrieb zu wenig auf die sozialpolitischen Momente Rücksicht nehme, drohe der öffentlichen Unternehmung wieder die Gefahr, daß sozialen und politischen Rücksichten aller Unternehmer-Erfolg geopfert werden müsse. In dem Artikel wird auch bemerkt, daß in Wien bereits Anfänge dieser gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zu verzeichnen sind und

zwar die Großschlachterei-A.G. und die im letzten Uebereinkommen zwischen der Gemeinde und der Regierung vorgesehene „Allgemeine österreichische Viehverwertungs-Gesellschaft“. Die allerdings spärliche Literatur auf diesem Gebiete sucht die Abgrenzung zu finden, welche Betriebe auf rein kommunaler Grundlage zu führen sind und für welche die gemeinwirtschaftliche Unternehmungsforn Anwendung zu finden hat. Die genannte Nummer der österreichischen Städtezeitung bringt ferner einen aktuellen Artikel von Dr. Karl Asperger über die Frage ob die Gemeinde für Schäden, infolge Versehens und Vergehens ihrer Beamten und Angestellten haftet oder ob diese den Schaden zu ersetzen haben. Schulrat = rektor Emanuel Bayr liefert einen bemerkenswerten Artikel Aufsatz über die Koch- und Haushaltungskurse an Wiener Bürgerschulen. Eine Anzahl von oberstergerichtlichen Entscheidungen und Mitteilungen von verschiedenen Städten vervollständigen den reichen Inhalt des Heftes.

Die Wünsche der Beamten der Privatunternehmungen der Gemeinde. Gestern Freitag fand unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hoß eine Sitzung des vom Bürgerklub zum Studium der Wünsche der Beamtenschaft der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde Wien eingesetzten Komitees statt. An der Besprechung nahmen teil: Die Gemeinderäte Angeli, Benda, Oberleuthner, Scher, und Vaugoin, Obermagistratsrat Dr. Weiß, Direktor Wenzel vom städtischen Gaswerk und Direktor Sauer vom städt. Elektrizitätswerk. Nach eingehender längerer Debatte, an welcher alle Teilnehmer der Besprechung zum Worte gelangten wurde zunächst die Frage des Definitivums in eingehender Weise besprochen. Im Verlaufe der Debatte ergab sich, daß die Anträge wegen Verteilung des Definitivums an die Beamtenschaft untrennbar mit der Lösung der anderen die Beamtenschaft betreffenden Fragen zusammenhänge. Es wurde deshalb über Vorschlag der Gemeinderäte Benda und Scher der einstimmige Beschluß gefaßt, den Bürgermeister zu ersuchen, die Frage des Definitivums mit den anderen Beamtensfragen untereinander dem Komitee zur Beratung und Beschlußfassung zu überweisen.

Zentralsparkassa der Gemeinde Wien. In der letzten Stadtratsitzung berichtete Vizebürgermeister Dr. Porzer über den Rechenschaftsbericht der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien für das Jahr 1912 und den Voranschlag für das Jahr 1913. Dem Berichte entnehmen wir nachstehende Ausführungen:

In Anbetracht der abnormen Verhältnisse, die während des größten Teiles des vergangenen Jahres den Geldmarkt beherrschten, kann die Entwicklung der Zentralsparkassa im Jahre 1912 mit Recht als eine voll befriedigende bezeichnet werden. Der Einlagenstand hat sich von 142,217.310,21 K auf 157,056.430,38 K, die Zahl der

im Umlauf befindlichen Einlagebücher von 101.913 auf 122.745 gehoben. Das Gesamtvermögen ist von 374,281.462, 16 K auf 448,045.332,04 K gestiegen. Zu Beginn des Monats Februar 1912 erreichte der Einlagenstand der Anstalt die Summe von 160,000.000 K. Mit Genehmigung der hohen k.k. Regierung wurde dieser Marktstein in der Entwicklung der Zentralsparkassa zum Anlaß genommen, um 150 Waisenkinder mit Spareinlagen von je 100 K zu beteiligen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des abgelaufenen Jahres, die ein starkes Kreditbedürfnis der Industrie im Gefolge hatten, waren den Sparkassen nicht günstig und brachten es mit sich, daß das Sparkapital vielfach anderweitig in Anspruch genommen wurde. Diesen Verhältnissen, zu denen noch die allgemeine Teuerung und später die Kriegesfurcht hinzutrat, entzogen auch die namhaften Rückzahlungen, welche das Jahr 1912 den Sparkassen auferlegte. Obwohl angesichts dieser Umstände, die sich gegen Ende des Jahres besonders fühlbar machten, eine Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen und Hypothekar-Darlehen begrifflich und naheliegend gewesen wäre, haben sich Kuratorium und Ausschuß der Anstalt nach eingehender Prüfung der durch eine solche Maßregel zu gewärtigenden Folgen, die vornehmlich in einer neuerlichen Erhöhung der Mietzinse zum Ausdruck gekommen wären, im Einvernehmen mit den Kommunalsparkassen dennoch veranlaßt gesehen, den 4 prozentigen Zinsfuß für Spareinlagen und den seit Mitte des Jahres bestehenden 4 1/2 prozentigen Zinsfuß für neu zu gewährende Hypothekar-Darlehen beizubehalten. Während des ganzen Jahres herrschte eine lebhaft nachgefragte Hypothekardarlehen, der infolge der oben angedeuteten Verhältnisse nur teilweise entsprechen werden konnte. Trotzdem hat die Zentralsparkassa einen Betrag von mehr als 14 Millionen Kronen diesem Zwecke gewidmet, wobei insbesondere solche Ansuchen Berücksichtigung fanden, welche Häuser mit kleinen Wohnungen betrafen. Ueberdies hat das Kuratorium in der abgelaufenen Berichtsperiode umfangreiche Kredite für Bauten von gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften im Sinne des Gesetzes vom 22. Dezember 1910, bewilligt, die im Jahre 1913 zur Zuzählung gelangen werden. Der aus öffentlichen Darlehen rückfließende Betrag von zirka 7,3 Millionen Kronen konnte zum Teil dem Hypothekengeschäfte zugeführt werden. Die Veranlagung der Anstaltsmittel ergab mit Außerachtlassung der durch den Tiefstand der Anlagewerte hervorgerufenen buchmäßigen Wertverminderungen an den eigenen Effekten einen Gebarungüberschuß von 653.757,76 K. Bei steter Bedachtsnahme auf die Zahlungsbereitschaft der Anstalt, die ihre Größe und ihr Filialnetz erfordert, mußte angesichts der herrschenden krisenhaften Verhältnisse ein sinnhafter Teil ihres Einlagenzuwachses in flüssigen Mitteln angelegt werden. Dabei wurden weitere Anschaffungen festverzinslicher Werte im Hinblick auf die sinkende Tendenz der Kurs-

se unlichst eingeschränkt. Der den Gesamtmitteln der Zentralsparkassa entsprechend große unvermeidliche Besitz an Anlagewerten aller Fonds im Betrage von zirka 40 Millionen lag sie bei dem tiefen Kursstande derselben naturgemäß stark in Mitleidenschaft, wodurch ihr buchmäßige Wertverminderungen erwachsen, die durch die Inanspruchnahme des Gebarungüberschusses sowie des Reservefonds und in einer Forderung an die Gemeinde Wien per K 319.858,61 ihre Deckung finden und im Sinne des Ministerial-Erlasses vom 16. Jänner 1913 verrechnet werden. Da von den erwähnten 40 Millionen mehr als 33 Millionen in Pfandbriefen und Schulverschreibungen angelegt sind, die im Laufe der Zeit mit ihrem Nominalwert eingelöst werden, ergibt sich gegenüber dem heutigen Kursstande ein Mehrwert derselben von zirka 2 1/2 Millionen, wodurch den Anstaltsreserven eine erhebliche Stärkung gesichert ist.

Nach einem Antrage des Referenten VB. Dr. Porzer wurde der Rechenschaftsbericht und Voranschlag genehmigt.

Das sechzigjährige Jubiläum des Altertums-Vereines wird im nächsten Monate in festlicher Weise gefeiert werden. Der Bürgermeister hat über Anregung des StR. Scher gestattet, daß die Feier in großen Sitzungssaale des Rathauses stattfindet. Was der Altertums-Verein seit seiner Gründung am 23. März 1853 für die Pflege und Verbreitung der vaterländischen Geschichte, insbesondere der Kultur und Kunstgeschichte Wiens geleistet hat, ist jedem, der mit der historischen Vergangenheit unserer Vaterstadt und des Landes Niederösterreich vertraut ist, bekannt. Um aber auch den Fernerstehenden einen Einblick in die Werkstatt dieses Vereines und die Früchte seiner sechzigjährigen Arbeit zu bieten, sei in Kürze auf seine Publikationen hingewiesen. 45 reich illustrierte Foliabände der „Berichte und Mitteilungen“, in denen einzelne Abhandlungen, wie der 8. Band mit Cassinas Geschichte der zweiten Türkenbelagerung als Denksteine der heimlichen Geschichtsschreibung anerkannt sind, und 29 Jahrgänge des „Monatsblattes“ bilden die regelmäßigen Veröffentlichungen. Von den außerordentlichen Publikationen steht das im Jahre 1895 begonnene monumentale Prachtwerk „Geschichte der Stadt Wien“, das sich aus einer Reihe von fachgelehrten geschriebenen Monographien über einzelne Kulturgebiete zusammensetzt, und von welchem der 7. Band, der Zeitperiode 1522 bis 1740 angehörend, noch in diesem Jahre erscheinen wird, obenan. Neben diesem großen Unternehmen und von gleicher Bedeutung ist die Geschichtsforschung Wiens, gibt der Verein auf Grund der manificenten Subvention der Gemeinde Wien die „Quellen zur Geschichte der Stadt Wien“ heraus, ein bisher 11 Bände umfassendes Sammelwerk urkundlichen Quellenmaterials. Unter den zahlreichen weiteren Publikationen seien noch Bonifaz

Wolmuts
~~X. Lippitz~~/Plan von Wien 1547, der „Archäologische Wegweiser durch Niederösterreich“, Hans Guldensmundts Holzschnitt der Belagerung Wiens 1529 und das Bilderwerk „Alt Wien in Wort und Bild“ hervorgehoben.

Bezirksvertretungssitzungen. Die Bezirksvertretung Währing hält am Freitag, den 28. d.M. um 5 Uhr nachmittags, die Bezirksvertretung Floridsdorf am Donnerstag, den 27. d.M. um halb 3 Uhr nachmittags die diesmonatliche Sitzung ab.

Schmelzer Friedhof. Dieser Tage wurde mit den Arbeiten zur Herstellung eines Fußweges durch den Schmelzer Friedhof von der Moeringgasse zur Zinkgasse und mit der Planierung der abgeräumten Flächen längs der neuen Straßenzüge sowie mit der Abräumung der Grabsteine begonnen. Nach Fertigstellung dieser Arbeiten wird ein großer Teil der alten Holzplanke durch eine Drahtgittereinfriedung ersetzt.

Feststellung der Jagdgebiete. Der Magistrat hat behufs Feststellung der Jagdgebiete für die Zeit vom 1. Jänner 1914 bis 31. Dezember 1918 ein Edikt erlassen, in welchem jene Grundbesitzer, welche Eigenjagdrechte für die Dauer dieser Periode im Gemeindegebiete Wien beanspruchen wollten, aufgefordert werden, ihre Ansprüche binnen 6 Wochen beim Wiener Magistratsabteilung 9 anzumelden und zu begründen. Gegenwärtig bestehen in Wien Gemeindejagdgebiete im 2., 10., 11., 13., 17., 18., 19. und 21. Bezirk.

Errichtung einer Staatsgewerbeschule in Floridsdorf. In der letzten Stadtratssitzung berichtete VB. HoB über die Errichtung einer Staatsgewerbeschule im 21. Bezirk und beantragte, den Magistrat zu ermächtigen, auf Grund der von diesem erstatteten Vorschläge mit der Staatsverwaltung zu verhandeln und über das Ergebnis dieser Verhandlungen ehestens zu berichten. Der Referentenantrag wurde angenommen. Bei dieser Gelegenheit urgierte Stadtrat Brauneiß die Erledigung der Errichtung einer Staatsgewerbeschule im 14. Bezirk.

Empfang im Rathaus. Nach einem Berichte des VB. HoB hat der Stadtrat den festlichen Empfang der Teilnehmer an dem II. Internationalen Kongreß für Rettungswesen und Unfallverhütung im Rathaus prinzipiell genehmigt.